



Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Referat I.1
Platz des Landtags 1
40211 Düsseldorf



24. September 2012
Seite 1 von 1

Aktenzeichen 413
bei Antwort bitte angeben

LMRin Springenberg-Eich
Telefon 0211 837-4200
Telefax 0211 837-66 4200
Maria.springenberg-eich
@mfkjs.nrw.de

**Bericht der Landesregierung
Zum Haushalt 2012 der Landeszentrale für politische Bildung**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

für die 5. Sitzung des Hauptausschusses am 27.09.2012 wurde ein schriftlicher Bericht zur Einführung des Haushalts 2012 die Landeszentrale für Politische Bildung betreffend, angefordert.

Als Anlage übersende ich Ihnen daher 120 Exemplare mit der Bitte, diese an die Mitglieder des Hauptausschusses weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Ute Schäfer

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Stadttor 1
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 837-01
Telefax 0211 837-1150
poststelle@stk.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
704, 709, Bus 725
Haltestelle Stadttor

Hauptausschuss am 27. September 2012

Bericht zum Haushalt 2012 der Landeszentrale für politische Bildung

1. Haushaltsmittel

Im Haushaltsentwurf 2012 sind für die Landeszentrale unverändert Haushaltsmittel in Höhe von 8,9 Mio. EUR veranschlagt. Sie kann damit weiterhin wichtige Akzente für die Stärkung der demokratischen Kultur setzen.

Der Hauptanteil der Fördermittel entfällt dabei auf die Zuschüsse für Zwecke der politischen Bildungsarbeit an die Träger der Weiterbildungseinrichtungen der politischen Bildung. Hier sind 2,8 Mio. EUR vorgesehen.

Knapp 2,2 Mio. EUR stehen für Projekte in der Gedenkstättenarbeit, bzw. Erinnerungskultur zur Verfügung, wovon 1,3 Mio. EUR der Auschwitz-Birkenau-Stiftung zugeführt werden.

Den drittgrößten Anteil mit rd. 2,0 Mio. EUR erhalten die parteinahen Stiftungen als Zuschuss zu ihrer Bildungsarbeit.

Für die Beratung für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt stehen 300.000 EUR zur Verfügung.

Für eigene Veranstaltungen, Publikationen und audiovisuelle Medien verfügt die Landeszentrale über Sachmittel in Höhe von 1,5 Mio. EUR.

Die Landeszentrale ist darüber hinaus für die Förderung der „Kulturpflege der Vertriebenen“ zuständig. Hierfür stehen im Kapitel 07 050 Titelgruppe 63 knapp 2,2 Mio. EUR zur Verfügung.

Die Etat-Ansätze der LZpB stellen sich im Überblick wie folgt dar:

| | |
|--|----------------|
| Sachausgaben | 1.555.000 EUR |
| Gustav-Heinemann Friedenspreis | 29.700 EUR |
| Zuschüsse für parteinahe Stiftungen | 2.006.500 EUR |
| Zuschüsse für Weiterbildungseinrichtungen | 2.759.700 EUR |
| Sonstige Zuschüsse | 78.300 EUR |
| Gedenkstättenarbeit, Erinnerungskultur | 893.200 EUR |
| Zuführung Stiftung Auschwitz-Birkenau | 1.300.000 EUR |
| Opferschutz Rechtsextremismus | 300.000 EUR |
| Kulturpflege der Vertriebenen (Kapitel 07 050 Titelgruppe 63 | 2.182.000 EUR) |

2. Aufgabenstellung der Landeszentrale / Aktuelle Rahmenbedingungen,

Herausforderungen

Die Aufgabe, die demokratische Kultur im Land zu fördern, hat die Landeszentrale seit mehr als sechs Jahrzehnten (Gründung der Landeszentrale: Juli 1946).

Aus diesem Kerngeschäft ergeben sich die zentralen Themen- und Aufgabenfelder, die die Arbeit der Landeszentrale charakterisieren:

Politische Partizipation, Demokratie- und Medienkompetenz, Erinnerungskultur, Extremismus, religiöser Fundamentalismus, europäische Integration, Zuwanderung und Integration, Landeskunde, Förderung der Einrichtungen der politischen Bildung. Hinzugekommen ist seit 2008 die Förderung der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus mit ihren fünf mobilen Beratungsteams und seit 2011 die Förderung der Opferberatungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Rheinland und Westfalen und seit 2011 die Förderung der Kultur der Vertriebenen.

Selbstverständlich hat die Landeszentrale die Aufgabe, immer auch die aktuellen Herausforderungen für die Demokratie in den Kernfeldern zu definieren und daraus Handlungsansätze zu entwickeln.

Wesentliche Herausforderungen werden derzeit gesehen in:

- der sinkenden Wahlbeteiligung, insbesondere bei jungen Wählern;
- der hohen Distanz von Teilen gut gebildeter Bürgerinnen und Bürger zu Parteien und Politik, obwohl sie sich politisch in Bürgerinitiativen engagieren. Gerade diese Gruppen sind aber Träger neuer Themen und Ideen und damit für die Vitalität der Demokratie ungeheuer wichtig;
- der Politikverdrossenheit vornehmlich bildungsarmer Bürgerinnen und Bürger;
- der europa- und fremdenfeindlichen Tendenzen, die für populistische Bewegungen mobilisierbar sind;
- dem Bedeutungsgewinn von islamistischen Gruppierungen;
- und nicht zuletzt dem Rechtsextremismus und dem lange Zeit vernachlässigten Rechtsterrorismus.

Diese Herausforderungen geht die Landeszentrale an, sie tut dies mit einem vielfältigen Angebot von Veranstaltungen, Publikationen und audiovisuellen Medien. Ferner steht ein Internetangebot mit insgesamt 19,7 Mio. Seitenabrufen bereit, für das aktuell ein Relaunch in Vorbereitung ist, sowie ein gut frequentierter eigener Kanal bei YouTube (rd. 950.000 Abrufe in 2012).

Akzentuierung in 2012:

a) Wandel der repräsentativen Demokratie: Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Politik stärken.

Die repräsentative Demokratie ist europaweit im Umbruch. Wie lässt sich dieser Prozess gestalten, ohne dass Demokratie Schaden nimmt? Dies ist die Leitfragestellung der im vergangenen Jahr begonnenen Reihe "NRW-Forum: Zukunft Demokratie". Mit dem "NRW-Forum" will die politische Bildung eine Plattform bieten für den Dialog zwischen Parteien, politischen Stiftungen sowie den Vertretern von NGOs und Netzinitiativen. Die Reihe nutzt klassische Medien, wie Veranstaltungen und Bücher, und die Möglichkeiten des Internets, z.B. durch begleitende Blogs.

b) Wertgrundlage der Demokratie stärken: Demokratiekompetenz als Grundlage von Prävention.

Bildungsarmut bedeutet nicht nur Mangel an Bildung und Einkommen, sondern auch an Teilhabe. Gerade junge Menschen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, sind auf Demokratiekompetenz angewiesen: Politische Bildung trägt dazu bei, sich auf Augenhöhe auseinanderzusetzen und Konflikte friedlich zu lösen.

Gegenüber der Kritik der "klassischen" Extremismen, die auf geschlossenen, antidemokratischen Weltbildern fußen, ist die Auseinandersetzung mit dem Populismus anspruchsvoller. Populistische Bewegungen stellen faktisch den Schutz von Minderheiten und die Religionsfreiheit in Frage. Demokratie setzt dagegen die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen voraus.

c) Rechtsextremismus: Kooperation und Koordination stärken

Der lange unentdeckte rechtsextreme Untergrund macht deutlich, dass es "Blinde Flecken" in der Verhinderung und Verfolgung rechtsextremer Verbrechen gibt. Blinde Flecken können nur überwunden werden, wenn die Sichtweiten erweitert werden.

Ein wichtiges Mittel, die Schwächen in der Auseinandersetzung mit dem Extremismus zu überwinden, ist die stärkere Abstimmung und Koordination der gegen Rechtsextremismus engagierten Initiativen, Netzwerke und Projekte der Zivilgesellschaft untereinander und die Verknüpfung dieser Felder mit den Aktivitäten staatlicher Stellen der inneren Sicherheit.

d) Web 2.0 und politische Öffentlichkeit: Kommunikative und partizipative Möglichkeiten des Netzes erkunden

Die Landeszentrale möchte die Bürgerinnen und Bürger dazu befähigen, sich in einer komplexen demokratischen Gesellschaft zu orientieren und an ihr teilzuhaben. Medienkompetenz ist für die Landeszentrale eine Basisqualifikation für die Vermittlung und Gestaltung von Politik, der kompetente Umgang mit Medien wird als wichtige Aufgabe politischer Bildung angesehen. Die Landeszentrale konzentriert sich deshalb bei ihrer gesamten Produktionspalette

und ihrer Kommunikationsstrategie konsequent auf digitale Medien (kompletter Relaunch der Website, Podcasts E-Demokratie).

3. Landeszentrale in Zahlen

Die Landeszentrale nutzt in ihrer Arbeit unterschiedliche Formate, um zielgruppenspezifische On-und Offline-Produkte, Printprodukte und Veranstaltungen anzubieten. Hierbei setzt sie auf die Einbeziehung klassischer und neuer Lernorte.

70.000 "Stammkunden" nutzen das Printmedienangebot und rd. 200.000 Publikationen werden im Jahr vertrieben.

Die Website der Landeszentrale wurde 2012 19,7 Mio. mal abgerufen.

Die Landeszentrale wendet sich mit ihrem Bildungsangebot besonders an Schlüsselpersonen in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus. In ihrer Arbeit spricht sie die klassischen Meinungsführer/innen und Vermittler/innen (Politiker/innen, Journalisten/innen, Lehrer/innen, Hochschullehrer/innen, Weiterbildner/innen) an. In den letzten Jahren richtet sie sich aber auch verstärkt direkt an die jüngeren Zielgruppen und an Zuwanderinnen und Zuwanderer.

Hauptausschuss am 27. September 2012

Bericht zum Haushalt 2012 der Landeszentrale für politische Bildung

1. Haushaltsmittel

Im Haushaltsentwurf 2012 sind für die Landeszentrale unverändert Haushaltsmittel in Höhe von 8,9 Mio. EUR veranschlagt. Sie kann damit weiterhin wichtige Akzente für die Stärkung der demokratischen Kultur setzen.

Der Hauptanteil der Fördermittel entfällt dabei auf die Zuschüsse für Zwecke der politischen Bildungsarbeit an die Träger der Weiterbildungseinrichtungen der politischen Bildung. Hier sind 2,8 Mio. EUR vorgesehen.

Knapp 2,2 Mio. EUR stehen für Projekte in der Gedenkstättenarbeit, bzw. Erinnerungskultur zur Verfügung, wovon 1,3 Mio. EUR der Auschwitz-Birkenau-Stiftung zugeführt werden.

Den drittgrößten Anteil mit rd. 2,0 Mio. EUR erhalten die parteinahen Stiftungen als Zuschuss zu ihrer Bildungsarbeit.

Für die Beratung für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt stehen 300.000 EUR zur Verfügung.

Für eigene Veranstaltungen, Publikationen und audiovisuelle Medien verfügt die Landeszentrale über Sachmittel in Höhe von 1,5 Mio. EUR.

Die Landeszentrale ist darüber hinaus für die Förderung der „Kulturpflege der Vertriebenen“ zuständig. Hierfür stehen im Kapitel 07 050 Titelgruppe 63 knapp 2,2 Mio. EUR zur Verfügung.

Die Etat-Ansätze der LZpB stellen sich im Überblick wie folgt dar:

| | |
|--|----------------|
| Sachausgaben | 1.555.000 EUR |
| Gustav-Heinemann Friedenspreis | 29.700 EUR |
| Zuschüsse für parteinahe Stiftungen | 2.006.500 EUR |
| Zuschüsse für Weiterbildungseinrichtungen | 2.759.700 EUR |
| Sonstige Zuschüsse | 78.300 EUR |
| Gedenkstättenarbeit, Erinnerungskultur | 893.200 EUR |
| Zuführung Stiftung Auschwitz-Birkenau | 1.300.000 EUR |
| Opferschutz Rechtsextremismus | 300.000 EUR |
| Kulturpflege der Vertriebenen (Kapitel 07 050 Titelgruppe 63 | 2.182.000 EUR) |

2. Aufgabenstellung der Landeszentrale / Aktuelle Rahmenbedingungen.

Herausforderungen

Die Aufgabe, die demokratische Kultur im Land zu fördern, hat die Landeszentrale seit mehr als sechs Jahrzehnten (Gründung der Landeszentrale: Juli 1946).

Aus diesem Kerngeschäft ergeben sich die zentralen Themen- und Aufgabenfelder, die die Arbeit der Landeszentrale charakterisieren:

Politische Partizipation, Demokratie- und Medienkompetenz, Erinnerungskultur, Extremismus, religiöser Fundamentalismus, europäische Integration, Zuwanderung und Integration, Landeskunde, Förderung der Einrichtungen der politischen Bildung. Hinzugekommen ist seit 2008 die Förderung der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus mit ihren fünf mobilen Beratungsteams und seit 2011 die Förderung der Opferberatungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Rheinland und Westfalen und seit 2011 die Förderung der Kultur der Vertriebenen.

Selbstverständlich hat die Landeszentrale die Aufgabe, immer auch die aktuellen Herausforderungen für die Demokratie in den Kernfeldern zu definieren und daraus Handlungsansätze zu entwickeln.

Wesentliche Herausforderungen werden derzeit gesehen in:

- der sinkenden Wahlbeteiligung, insbesondere bei jungen Wählern;
- der hohen Distanz von Teilen gut gebildeter Bürgerinnen und Bürger zu Parteien und Politik, obwohl sie sich politisch in Bürgerinitiativen engagieren. Gerade diese Gruppen sind aber Träger neuer Themen und Ideen und damit für die Vitalität der Demokratie ungeheuer wichtig;
- der Politikverdrossenheit vornehmlich bildungsarmer Bürgerinnen und Bürger;
- der europa- und fremdenfeindlichen Tendenzen, die für populistische Bewegungen mobilisierbar sind;
- dem Bedeutungsgewinn von islamistischen Gruppierungen;
- und nicht zuletzt dem Rechtsextremismus und dem lange Zeit vernachlässigten Rechtsterrorismus.

Diese Herausforderungen geht die Landeszentrale an, sie tut dies mit einem vielfältigen Angebot von Veranstaltungen, Publikationen und audiovisuellen Medien. Ferner steht ein Internetangebot mit insgesamt 19,7 Mio. Seitenabrufen bereit, für das aktuell ein Relaunch in Vorbereitung ist, sowie ein gut frequentierter eigener Kanal bei YouTube (rd. 950.000 Abrufe in 2012).

Akzentuierung in 2012:

a) Wandel der repräsentativen Demokratie: Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Politik stärken.

Die repräsentative Demokratie ist europaweit im Umbruch. Wie lässt sich dieser Prozess gestalten, ohne dass Demokratie Schaden nimmt? Dies ist die Leitfragestellung der im vergangenen Jahr begonnenen Reihe "NRW-Forum: Zukunft Demokratie". Mit dem "NRW-Forum" will die politische Bildung eine Plattform bieten für den Dialog zwischen Parteien, politischen Stiftungen sowie den Vertretern von NGOs und Netzinitiativen. Die Reihe nutzt klassische Medien, wie Veranstaltungen und Bücher, und die Möglichkeiten des Internets, z.B. durch begleitende Blogs.

b) Wertgrundlage der Demokratie stärken: Demokratiekompetenz als Grundlage von Prävention.

Bildungsarmut bedeutet nicht nur Mangel an Bildung und Einkommen, sondern auch an Teilhabe. Gerade junge Menschen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, sind auf Demokratiekompetenz angewiesen: Politische Bildung trägt dazu bei, sich auf Augenhöhe auseinanderzusetzen und Konflikte friedlich zu lösen.

Gegenüber der Kritik der "klassischen" Extremismen, die auf geschlossenen, antidemokratischen Weltbildern fußen, ist die Auseinandersetzung mit dem Populismus anspruchsvoller. Populistische Bewegungen stellen faktisch den Schutz von Minderheiten und die Religionsfreiheit in Frage. Demokratie setzt dagegen die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen voraus.

c) Rechtsextremismus: Kooperation und Koordination stärken

Der lange unentdeckte rechtsextreme Untergrund macht deutlich, dass es "Blinde Flecken" in der Verhinderung und Verfolgung rechtsextremer Verbrechen gibt. Blinde Flecken können nur überwunden werden, wenn die Sichtweiten erweitert werden.

Ein wichtiges Mittel, die Schwächen in der Auseinandersetzung mit dem Extremismus zu überwinden, ist die stärkere Abstimmung und Koordination der gegen Rechtsextremismus engagierten Initiativen, Netzwerke und Projekte der Zivilgesellschaft untereinander und die Verknüpfung dieser Felder mit den Aktivitäten staatlicher Stellen der inneren Sicherheit.

d) Web 2.0 und politische Öffentlichkeit: Kommunikative und partizipative Möglichkeiten des Netzes erkunden

Die Landeszentrale möchte die Bürgerinnen und Bürger dazu befähigen, sich in einer komplexen demokratischen Gesellschaft zu orientieren und an ihr teilzuhaben. Medienkompetenz ist für die Landeszentrale eine Basisqualifikation für die Vermittlung und Gestaltung von Politik, der kompetente Umgang mit Medien wird als wichtige Aufgabe politischer Bildung angesehen. Die Landeszentrale konzentriert sich deshalb bei ihrer gesamten Produktionspalette

und ihrer Kommunikationsstrategie konsequent auf digitale Medien (kompletter Relaunch der Website, Podcasts E-Demokratie).

3. Landeszentrale in Zahlen

Die Landeszentrale nutzt in ihrer Arbeit unterschiedliche Formate, um zielgruppenspezifische On- und Offline-Produkte, Printprodukte und Veranstaltungen anzubieten. Hierbei setzt sie auf die Einbeziehung klassischer und neuer Lernorte.

70.000 "Stammkunden" nutzen das Printmedienangebot und rd. 200.000 Publikationen werden im Jahr vertrieben.

Die Website der Landeszentrale wurde 2012 19,7 Mio. mal abgerufen.

Die Landeszentrale wendet sich mit ihrem Bildungsangebot besonders an Schlüsselpersonen in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus. In ihrer Arbeit spricht sie die klassischen Meinungsführer/innen und Vermittler/innen (Politiker/innen, Journalisten/innen, Lehrer/innen, Hochschullehrer/innen, Weiterbildner/innen) an. In den letzten Jahren richtet sie sich aber auch verstärkt direkt an die jüngeren Zielgruppen und an Zuwanderinnen und Zuwanderer.